

Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf

Schmitt, Christian

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmitt, C. (2007). Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Familienforschung 2007/2, 9-15. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-201784>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf¹

Christian Schmitt

In beinahe allen industrialisierten Staaten und vor allem in Europa liegt die Geburtenziffer mittlerweile unterhalb des Bestanderhaltungsniveaus. Der Diskurs über die Folgen — nicht nur für die Sozialversicherungssysteme, sondern für die betroffenen Gesellschaften insgesamt — ist in der öffentlichen Debatte allgegenwärtig. Zu den in diesem Zusammenhang oftmals geäußerten Missverständnissen zählt die irrige Annahme, dass die Reproduktionsrate kontinuierlich fallen würde² ebenso wie die Vermutung, dass die Ursachen für den Geburtenrückgang hinreichend geklärt seien. Ursachenkomplexe, die auch als Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen mit dem Geburtenrückgang in Verbindung gebracht wurden, reichen von der breiten Verfügbarkeit wirksamer Kontrazeptiva gegen Ende der 1960er über die Bildungsexpansion bis hin zur Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen. In anderen Studien werden die abnehmende Dauerhaftigkeit und Exklusivität von Partnerschaften im Lebenslauf, der Bedeutungsverlust von Institutionen, die bisher für das reproduktive Verhalten von zentraler Bedeutung waren — allen voran die Ehe — sowie eine Orientierung an postmateriellen Werten wie Selbstverwirklichung thematisiert³.

Im Zuge öffentlich geführter Verteilungsdebatten werden diese Ursachenkomplexe vielfach auf Egoismus und Karrierestreben partikularer Bevölkerungsgruppen verkürzt.

Oft wird in diesem Zusammenhang von einer Werteverlagerung hin zu rücksichtsloser Ichbezogenheit und zu Hedonismus als zentrale Ursache einer niedrigen Geburtenrate gesprochen. Ohne jene Stigmatisierungen hier näher kommentieren zu können, ist festzuhalten, dass solche Zuordnungen schon deswegen zu kurz greifen, weil die Ursachen für den Geburtenrückgang zu vielfältig und zu komplex sind, um sie auf wenige Schlagworte oder gar Schuldzuweisungen verkürzen zu können.

Familiengründung im Lebenslauf

Der Entscheidung für oder gegen eine Familiengründung geht in den allermeisten Fällen ein komplexes Abwägen der unterschiedlichsten Lebensbedingungen, der situativen Gegebenheiten und der langfristigen Lebensplanungen voraus. Besonders deutlich zeigt sich die Komplexität des Entschei-

-
- 1 Erstmals erschienen in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT. 7/2007, S. 3-8.
 - 2 Nach einem massiven Geburtenrückgang liegt die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) in Westdeutschland seit Anfang der 70er Jahre ohne erkennbaren Trend zwischen 1,2 und 1,4 (gemittelte Anzahl an Kindern, die im Lebenslauf einer Frau geboren werden, wobei die Geburten des aktuellen Jahres als Basis einer Hochrechnung dienen). Im Osten lag die Geburtenrate deutlich höher, brach aber nach der Wende signifikant ein und unterschritt sogar das Westniveau deutlich.
 - 3 Für einen Überblick der Ursachen des Geburtenrückgangs vgl. Johannes Huinink, Familienentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jutta Allmendinger/Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie, Frankfurt/M.–New York 1991, S. 289-317; sowie Dirk J. Van de Kaa, Europe's Second Demographic Transition, in: Population Bulletin, 42 (1987), S. 1 – 53.

dungsprozesses im Spannungsverhältnis zwischen Familiengründung und Erwerbsbeteiligung. Tatsächlich setzen eine Vielzahl empirischer Untersuchungen an genau diesem Punkt an, da Familiengründung und berufliche Integration im Lebenslauf in ein sehr enges Zeitfenster fallen. Ein früher Übergang zur Elternschaft, noch in der Ausbildungsphase, stellt eher die Ausnahme denn die Regel dar.⁴ Ist die Ausbildung abgeschlossen, gilt es zunächst, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Dies ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, da die über Erwerbspartizipation vermittelte ökonomische Unabhängigkeit essenzielle Vorbedingung einer Familiengründung ist. Den Fokus auf Arbeitsmarktintegration zu richten, ist daher selten Ausdruck von egoistischem Karrierestreben, sondern vielfach ein weiterer Schritt auf dem Weg zur ersten Elternschaft. Der Lebensverlauf wird damit in der Abfolge zentraler Passagen auf dem Weg zur Familiengründung primär über wohlfahrtsstaatliche Institutionen vermittelt.⁵ Dies entzieht zukünftigen Müttern und Vätern zwar nicht jeglichen Gestaltungsspielraum, gibt aber doch einen engen zeitlichen Rahmen vor, innerhalb dessen die Option einer Elternschaft realisierbar wird. Zudem wirkt in Zeiten, in denen Erwerbsverläufe zunehmend als prekär wahrgenommen werden, auch der implizite Zwang, eine Familiengründung über die Erwerbstätigkeit beider Partner ökonomisch abzusichern. Gleichzeitig stellen nur wenige Lebensbereiche so inkompatible und vor allem widersprüchliche Anforderungen wie Elternschaft und Erwerbstätigkeit. Ausgangspunkt zahlreicher Studien, die an diesem Spannungsverhältnis zwischen Familiengründung und Erwerbspartizipation ansetzen, sind dabei einige auf den ersten Blick triviale Erkenntnisse:

Eine Familiengründung wirkt sich ähnlich wie die Teilnahme am Erwerbsleben deutlich auf das alltägliche Zeitbudget aus. Beide Bereiche strukturieren zudem maßgeblich die Lebensverläufe der Akteure und nehmen in signifikantem Umfang Lebenszeit in Anspruch. Die Realisierung des Kinderwunsches und der Job konkurrieren hier also in einem eng definierten Lebensabschnitt – die Familiengründungsphase ist meist bis zum 40., in seltenen Fällen bis zum 45. Lebensjahr abgeschlossen⁶ – um die knappen Ressourcen Alltagszeit und Lebenszeit.

Bildung und Erwerbsbeteiligung im Lebenslauf

Bis weit in die 1960er Jahre wurde dieser Ressourcenkonflikt durch eine traditionelle Rollenteilung in Zaum gehalten. Berufs- und Familienkarriere waren weitgehend zwischen den Geschlechtern aufgeteilt. Diese vermeintliche Balance war jedoch nicht von Dauer, was sich auch im Zuge der Bil-

4 Vgl. Hans-Peter Blossfeld, Changes in the process of family formation and women's growing economic independence: A comparison of nine countries, in: ders. (Hrsg.), The new role of women. Family formation in modern societies, Boulder–San Francisco–Oxford 1995, S. 3-34.

5 Vgl. hierzu näher Karl Ulrich Mayer/Walter Müller, Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat, in: Ansgar Weymann (Hrsg.), Handlungsspielräume. Untersuchungen zur Individualisierung und Institutionalisierung von Lebensläufen in der Moderne, Stuttgart 1989, S. 41-60.

6 Der Übergang zur ersten Geburt jenseits dieses Alters ist nicht zuletzt durch die fertile Phase begrenzt. Dies gilt – entgegen gängiger Vorstellungen – für Frauen und für Männer: Zum einen wird die Möglichkeit der Familiengründung für die Männer über die Fertilität der Partnerin begrenzt. Männer sind bspw. bei Eheschließungen im Mittel zwei bis drei Jahre älter. Zum anderen nimmt aber auch die Fertilität der Männer mit steigendem Alter deutlich ab. Vgl. hierzu Christian Schmitt, Kinderlosigkeit bei Männern – Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft, in: Angelika Tölke/Karsten Hank (Hrsg.), Männer – Das vernachlässigte Geschlecht in der Familienforschung, Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden 2005, S. 98-126.

dungsexpansion der 1960er Jahre zeigte. Ein Ziel dieser Reform bestand darin, auch den Frauen in zunehmendem Maße Bildungschancen zu eröffnen. Durch die Öffnung des Bildungssystems wurde zugleich der Zugang zu höherer Bildung erweitert und damit die mittlere Verweildauer im Bildungssystem verlängert.

Für die Akteure war und ist es rational, die im Zuge der Ausbildung erworbenen Bildungspositionen auch in berufliche Statuspositionen zu transformieren. Da dieser Prozess der beruflichen Etablierung vor allem in höheren Bildungsgruppen sehr zeitintensiv ist, sind die Eltern bei Geburt des ersten Kindes heute älter als in der Vergangenheit, das heißt das mittlere Alter bei Familiengründung steigt mit dem Bildungsniveau. Die in Deutschland vergleichsweise lange Ausbildungsdauer schlägt sich schließlich auch in den Familiengründungsmustern nieder: Während sich die Übergänge zur ersten Geburt etwa in Frankreich oder Finnland relativ breit über die gesamte fertile Phase verteilen, kommt es in Deutschland besonders häufig um das 30. Lebensjahr zu Familiengründungen.⁷ Dies ist auch einem Aufholeffekt in Folge der – im europäischen Vergleich – langen Ausbildungszeiten geschuldet. Ein extensiver beruflicher Integrationsprozess verkleinert nochmals das Zeitfenster, innerhalb dessen eine Familiengründung möglich ist, so dass für Akademikerinnen und Akademiker Familiengründungen jenseits des 35. Lebensjahres keine Seltenheit sind.

Die Möglichkeiten der Realisierung eines Kinderwunsches werden nicht ausschließlich über Bildungs- und Erwerbsbeteiligung determiniert. Für viele Männer und Frauen reduziert sich dadurch allerdings der zeitliche Spielraum für eine Familiengründung auf wenige Jahre. Gelingt es in diesem Zeitraum nicht, eine stabile und verlässliche Partnerschaft aufzubauen – ein abermals zeitintensiver Prozess –, wird es schwierig, einen Kinderwunsch zu realisieren. Dies gilt umso mehr, als sich in der Kohortenabfolge Partnerschaftsverläufe zunehmend fragmentiert darstellen.⁸ Eine Familiengründung, die in ein für eine erste Geburt hohes Alter aufgeschoben wird, ist also dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren geschuldet. Der vielfach lange Aufschub der Familiengründung in Deutschland führt damit nicht nur zu einem hohen Anteil an Kinderlosigkeit: Selbst wenn eine späte Familiengründung realisiert werden kann, verringert sich durch die Begrenztheit der fertilen Phase die Wahrscheinlichkeit, dass weitere Kinder geboren werden. Dieses Phänomen trägt damit auch zum Rückgang der durchschnittlichen Familiengröße bei und entfaltet – ebenso wie der hohe Anteil der Kinderlosigkeit in Deutschland – eine negative Wirkung auf das Fertilitätsniveau.

Antworten auf die Doppelbelastung zwischen Familie und Beruf

In der häuslichen Arbeitsteilung, wie auch in den Vorstellungen der Partner, ist in den letzten Dekaden eine Tendenz hin zu einer eher egalitären Rollenteilung zu erkennen. Bestimmte Aufgabenbereiche bleiben davon aber weitgehend unbeeinflusst und sind nach wie vor deutlich zwischen den Geschlechtern aufgeteilt.⁹ Zu den deutlichsten Erscheinungsformen dieser Aufgabenteilung gehört,

7 Eigene Auswertung (Kaplan-Meier Verfahren) auf Basis des European Community Household Panel (ECHP) 1994 bis 2001.

8 Vgl. Thomas Klein, Die Geburt von Kindern in paarbezogener Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie, 32 (2003), S. 506-527.

9 Vgl. Mary Noonan unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen „masculine-„ und „feminine chores“. Vgl. Mary C. Noonan, The impact of domestic work on men's and women's wages, in: Journal of Marriage and the Family, 63 (2001), S. 1134-1145.

dass Männer sich wie in der Vergangenheit seltener an Erziehungsaufgaben beteiligen.¹⁰ Vor allem eine Familiengründung forciert damit den Rekurs auf traditionelle Rollenmuster. In der Folge bedeutet dies, dass die Belastungen einer Familiengründung – insbesondere der Koordinationsaufwand zwischen beruflicher und familialer Rolle – für Frauen deutlich ausgeprägter sind als für Männer. Das klassische Muster, diesen Rollenkonflikt zu bewältigen, findet sich in einer sequenziellen Kombination von Lebensabschnitten.¹¹ Eine Familiengründung wird demnach erst nach Ausbildungsende und erster Integration in den Arbeitsmarkt präferiert.

Eine alternative Strategie besteht in der Einpassung einer Familiengründung in Erwerbsphasen mit unsicheren oder schlechten beruflichen Perspektiven. Ausgangspunkt dafür ist die Annahme hoher Opportunitätskosten für Frauen.¹² Darunter werden in diesem Zusammenhang unter anderem der Ausfall des Erwerbseinkommens, der durch den Fokus auf die Familienrolle entsteht, aber auch eine Entwertung der Bildungsinvestitionen in Folge längerer Arbeitsmarktabsenz verstanden. Empirische Studien legen die Vermutung nahe, dass individuelle Betroffenheit von Arbeitslosigkeit oder prekäre Erwerbspositionen von Frauen die Wahrscheinlichkeit einer Familiengründung erhöhen.¹³ Der Übergang zur Elternschaft wird also gezielt in Abschnitte des Lebenslaufs platziert, in denen der Konflikt zwischen Erwerbs- und Familienrolle durch den Verlust beruflicher Optionen zwangsläufig entschärft wird, das heißt in Zeiten, in denen die Opportunitätskosten einer Elternschaft niedrig sind. Für Frauen mit höherem Bildungsniveau ist dieser Zusammenhang übrigens begrenzt.¹⁴ Hier scheint die Entwertung der Bildungsinvestitionen bei langer Arbeitsmarktabsenz schwerer zu wiegen als die niedrigen Opportunitätskosten in Folge von Arbeitslosigkeit oder schwacher Erwerbsposition. Diese erhöhte Wahrscheinlichkeit einer Familiengründung im Zusammenspiel mit einer prekären Positionierung am Arbeitsmarkt ist bei Männern generell nicht gegeben. Eine schlechte Arbeitsmarktposition des Mannes unterminiert dagegen eher die ökonomische Basis einer Familiengründung.¹⁵ Positive Effekte eines vergrößerten Zeitbudgets fallen dabei offenbar nicht ins Gewicht. Statt der Vereinbarkeitsproblematik ist für die Männer vornehmlich das Ernährermodell maßgeblich.

Die Rolle der Familienpolitik

Im europäischen Vergleich stellt sich die Vereinbarkeitsproblematik von Beruf und Familie besonders prägnant in solchen Ländern dar, die geringe Unterstützungsleistungen und/ oder traditionelle

10 Vgl. bspw. H. P. Blossfeld (Anm. 3); M. C. Noonan (Anm. 8) für die USA sowie Janet Zollinger-Giele/Elke Holst, *New life patterns and the changing gender contract*, in: dies. (Hrsg.), *Changing life patterns in western industrial societies*, New York 2004, S. 1-27.

11 Vgl. Jann-Michael Dornseiff/Reinhold Sackmann, *Familien-, Erwerbs- und Fertilitätsdynamiken in Ost- und Westdeutschland*, in: Walter Bien/Jan H. Marbach (Hrsg.), *Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey*, Opladen 2003, S. 309-348.

12 Nicht so für Männer, da der Fokus auf die Erwerbsrolle kaum in Frage gestellt wird.

13 Karin Kurz/Nikolei Steinhage/Katrin Golsch, *Case Study Germany: Uncertainty and the Transition to Adulthood*, in: Hans-Peter Blossfeld/Erik Klijzing/Melinda Mills/Karin Kurz (Hrsg.), *Globalization and Youth in Society*, London 2005, S. 51-81.

14 Vgl. Michaela Kreyenfeld, *Changes in the timing of first birth in East Germany after re-unification*, in: *Schmollers Jahrbuch*, 120 (2000), S. 169-186.

15 Vgl. Angelika Tölke/Martin Diewald, *Berufsbiographische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern*, in: W. Bien/J. H. Marbach (Anm. 10), S. 349-384.

Geschlechterrollen propagieren. Länder, die Rollenkonflikte zwischen weiblicher Erwerbsposition und Familie durch staatliche Unterstützung und Anreizsystem abzuschwächen vermögen, sind Frankreich und die skandinavischen Sozialstaaten. Besonders deutlich treten Rollenkonflikte dagegen in Südeuropa, aber auch in Deutschland und Großbritannien zu Tage. Die sozialpolitischen Anstrengungen in diesen Ländern sind offenbar nicht dazu geeignet, Frauen in der Vereinbarkeitsproblematik zwischen Beruf und Familie hinreichend zu entlasten.

In Großbritannien erklärt sich dies aus der sehr begrenzten Unterstützung von Familien seitens des Sozialstaates. Demgegenüber werden in Deutschland in nicht unerheblichem Rahmen Transfers und Aufwendungen für Familien geleistet. Sie orientieren sich aber an einem traditionellen Familienleitbild und Geschlechterrollenmustern. Da Erwerbstätigkeit aber mittlerweile auch in weiblichen Lebensverläufen zur Normalität geworden ist, trägt die bisherige Ausgestaltung der deutschen Familienpolitik eher zur Verschärfung des Konflikts zwischen Familien und Erwerbsrolle bei. Dies zeigt sich zunächst am unzureichenden Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Verfügbarkeit öffentlicher Betreuungsmöglichkeiten ist aber für eine Kombination von Beruf und Familie von großer Bedeutung – sofern familiäre Netzwerke zur Übernahme von Betreuungsaufgaben nicht vorhanden sind. Auch wenn diese zur Verfügung stehen, werden sie durch steigende Mobilitätsanfordernisse des Arbeitsmarktes erodiert, die nicht zuletzt – wie im Zuge der Arbeitsmarktreformen – von sozialstaatlicher Seite gefordert werden.

Des Weiteren impliziert eine Geburt auch einen zeitweisen Ausstieg der Frau aus dem Arbeitsmarkt. Während es in den skandinavischen Ländern und Frankreich zentrale Prämisse ist, die Mütter bei einer raschen Rückkehr zu unterstützen, werden in Deutschland längerfristig Transfers geleistet (24 Monate Erziehungsgeld). In zeitlicher Hinsicht werden darüber hinaus großzügige Möglichkeiten der Rückkehr auf den vorherigen Arbeitsplatz (36 Monate) gewährt. Diese auf den ersten Blick elternfreundliche Regelung forciert jedoch einen langfristigen Ausstieg der Frauen aus dem Arbeitsmarkt und erschwert eine Reintegration. Durch die lange Erwerbsabsenz wird abermals die Schwerpunktsetzung auf ein Ernährermodell gelenkt. Entsprechend der genannten Ausgestaltung der Familien- und Sozialpolitik ist es nicht verwunderlich, dass Elternzeiten, die grundsätzlich beiden Partnern offen stehen, fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen werden. Unterstützt wird dieses traditionelle Rollenmuster auch durch steuerliche Regelungen (Stichwort Ehegattensplitting), die abermals den Fokus auf ein Ernährereinkommen lenken. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund immer noch geringerer erzielter Einkommen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Kritisch zu betrachten ist solch eine Entkopplung der Mütter vom Arbeitsmarkt auch deshalb, weil damit ihre ökonomische Eigenständigkeit geschwächt wird. Dies ist gerade in Anbetracht einer in der Kohortenabfolge zunehmenden Instabilität von Partnerschaften problematisch.

Die deutsche Familienpolitik forciert also eine Reproduktion traditioneller Geschlechterrollen. Diesem Bild entspricht auch die Tatsache, dass ein Pendant zum in Frankreich oder in skandinavischen Ländern üblichen Vaterschaftsurlaub¹⁶ – ein Modell, das die Männer schon frühzeitig an ihre Vaterrolle heranführen und damit langfristig auch einen Beitrag zum Wandel von Rollenmustern leisten könnte – in Deutschland nicht existiert. Stattdessen dominiert in der Bundesrepublik nach wie vor das Prinzip einer geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung gemäß dem Homemaker- breadwinner-Modell.

16 Eine knapp zweiwöchige berufliche Auszeit, unmittelbar um den Zeitpunkt der Geburt, analog zum Mutterschutz. Die Möglichkeit dieser kurzfristigen Erwerbsunterbrechung hat u. a. das Ziel, die Männer besser mit der Vaterrolle vertraut zu machen.

Geschlechterrollen und normative Anforderungen an Elternschaft

Zur öffentlichen Meinung über Geschlechterrollen hat dieses in der Sozialpolitik maßgebliche Familienleitbild nun eine reziproke Beziehung: Einerseits reflektiert dieses Muster sozialstaatlicher Unterstützung von Familien gängige Vorstellungen über Geschlechterrollen. Andererseits werden durch die Ausgestaltung der Familienpolitik traditionelle Vorstellungen über Geschlechterrollen reproduziert. Wie stark dieses Bild einer geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung in Deutschland verankert ist, hat die Debatte um die Vätermönate des neu einzuführenden Elterngeldes verdeutlicht: Kritik wurde vornehmlich unter dem Stichwort einer „Bevormundung“ von Familien geübt, und dies, obwohl die Einführung der Vätermönate lediglich über Anreize einer erweiterten Bezugsdauer, nicht aber über Sanktionen geplant war. Gerade das Instrument der Vätermönate erscheint aber als vielversprechend, wenn es darum geht, auch die Väter stärker in Erziehungsaufgaben einzubinden und die Mütter im Konflikt zwischen Arbeitsmarkt und Familie stärker zu entlasten. In skandinavischen Ländern ist diese Regelung bereits seit vielen Jahren fester Bestandteil einer auf Geschlechtergleichstellung ausgerichteten Familienpolitik.

Dass eine geschlechtsspezifische Aufgabenteilung zwischen Familie und Beruf kein Universalismus ist – weder für ein Familienleitbild noch in der öffentlichen Meinung –, zeigt ein Blick nach Frankreich: Mutter-Kind-Beziehungen sind dort längst nicht so stark normativ besetzt wie in Deutschland. Aus sozialhistorischen Hintergründen wird Familie in Frankreich weniger als exklusiver Bereich des Privaten betrachtet. Öffentliche Kinderbetreuung gehört entsprechend viel mehr zur gesellschaftlichen Normalität als in Deutschland. Dies gilt nicht nur für das zur Verfügung stehende Angebot, sondern auch für die Akzeptanz nicht-familialer Kinderbetreuung. Familienpolitik in Frankreich tritt damit primär als Förderung von Kind und Kindeswohl in Erscheinung; Erwerbstätigkeit von Frauen wird als Selbstverständlichkeit betrachtet und die Unterstützung der Lebensphase Mutterschaft entsprechend ausgestaltet.¹⁷ Dies schließt auch eine Aktivierung der Väter etwa durch bezahlte Freistellungen um den unmittelbaren Zeitraum der Geburt ein.

Auch in der DDR waren Mutterschaft und Erwerbstätigkeit deutlich stärker entkoppelt als in der Bundesrepublik. Betreuung – auch von Kleinkindern – war gesellschaftlich akzeptiert. Eine Familiengründung bedeutete im Wesentlichen Erwerbsunterbrechung – nicht die Aufgabe der Teilnahme am Erwerbsleben. Der massive Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wende dürfte einerseits in der ökonomischen Verunsicherung durch Umstellung des Wirtschaftssystems begründet gewesen sein. Er war möglicherweise aber – andererseits – auch die Konsequenz einer Konfrontation mit einem Rollen- und Familienleitbild, das mit dem der DDR nur beschränkt kompatibel war.

Ausblick

Paradoxerweise haben vor allem jene Wohlfahrtsstaaten vergleichsweise hohe Geburtenniveaus, die, anstatt eine Trennung zwischen Erwerbs- und Familienrolle zu fördern, die Akteure in ihren Lebensplanungen unterstützen – gleich, ob diese im Einzelfall Erwerbskarriere, Familie oder eine Kombina-

17 Vgl. Mechthild Veil, Geschlechterbeziehungen im deutsch-französischen Vergleich – ein Blick auf Familien und Arbeitsmarktpolitik, in: Gilbert Achcar/Dagmar Simon/Mechthild Veil (Hrsg.), Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat, Familienpolitik und die Geschlechterfrage – deutsch-französische Konvergenzen und Divergenzen, Berlin 2005.

tion beider Bereiche präferieren. Dies zeigt sich insbesondere am Beispiel Schweden.¹⁸ Dezidierte Ziele der Familienpolitik sind dort eine Geschlechtergleichstellung und die Unterstützung der Akteure in ihren Lebensplanungen, ohne darüber hinaus ein konkretes Familien- oder Rollenbild zu Grunde zu legen.

Einen Paradigmenwechsel in diese Richtung könnte die Einführung des Elterngeldes in Deutschland einleiten. Eine zentrale Grundlage dieses Modells, das die bisherige Förderung im Rahmen der Elternzeit ablöst, ist es, die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen als Teil gesellschaftlicher Normalität zu betrachten. Dies zeigt sich zum einen in der Kopplung des Elterngeldes an ein vorheriges Erwerbseinkommen, was auch der häufigen Platzierung der Familiengründung im Anschluss an eine (erste) Erwerbstätigkeit Rechnung trägt. Zum anderen wird dies in der Erhöhung der mittleren Transfers (verglichen mit dem Erziehungsgeld) bei gleichzeitiger Verkürzung der Bezugsdauer deutlich. Die Anreizwirkung des Elterngeldes zielt damit klar auf Arbeitsmarktintegration, Familiengründung und rasche Reintegration. Zur effektiven Umsetzung dieser Maßnahme ist aber die Flankierung durch weitere Schritte, insbesondere durch einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, von zentraler Bedeutung. Geschieht dies nicht, drohen sich die Vereinbarkeitskonflikte zwischen Beruf und Familie – durch die enge Kopplung des Elterngeldes an den Erwerbsprozess – eher noch zu verschärfen. Diese in Zukunft gar nicht erst entstehen zu lassen, macht einen geeigneten Maßnahmenmix erforderlich. Zentral sind hierbei eine auf Geschlechtergleichstellung ausgerichtete Politik und die Berücksichtigung der Bedeutung, die institutionelle Weichenstellungen auf weibliche und männliche Lebensverläufe ausüben.¹⁹ Dies schließt eine kritische Betrachtung langer Ausbildungszeiten ebenso ein wie die Berücksichtigung der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen als Bestandteil gesellschaftlicher Normalität.

Zur Person

Christian Schmitt, geb. 1970, ist Diplom-Soziologe. Seit dem Jahr 2000 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des DIW Berlin, German Socio-Economic Panel Study (GSOEP)

Kontakt: DIW Berlin, Königin-Luise-Straße 5, 14195 Berlin
cschmitt@diw.de

18 Vgl. Jan M. Hoem, Why does Sweden have such high fertility?, in: Max Planck Institute for Demographic Research (MPIDR), Working Paper, Series 9 (2005).

19 Vgl. Peter McDonald, Sustaining Fertility through Public Policy: The Range of Options, in: Population (English Edition, 2002), 57 (2002), S. 417-446.